

Reflexe

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **17 (1991)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

REFLEXE

Jedes 14. Neugeborene in Zürcher Universitätsspital ist drogenabhängig: Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die im Zeitraum zwischen Dezember 90 und Dezember 91 425 Kinder erfasste. Sie wurde durchgeführt, weil auffällig viele Babies durch schrilles Schreien und auffälliges Verhalten auf sich aufmerksam gemacht haben, was vorerst nicht erklärt werden konnte. Von den 31 Kindern, in deren Stuhl suchtbildende Substanzen nachgewiesen wurden, wiesen 17 Opiat-Spuren, 16 Amphetamine, 2 Cannabinoide und eines Methadon und Kokain auf. (TA, 22. Juni 91)

REFLEXE

Gleich fünf Kantone und Gemeinden haben in den ersten Jahreshälfte ihre Drogenberichte vorgestellt: So etwa Luzern, das festhält, das „die Verbotspolitik, die gesamten Verfolgungsmassnahmen und die auf Abschreckung fixierten Aufklärungskampagnen gescheitert sind.“ Ebenso haben die Stadt und der Kanton Bern, der Kanton Basel Stadt und auch St. Gallen haben ihre drogenpolitischen Zielsetzungen und Meinungen überprüft und zu Papier gebracht. Obwohl verschiedentlich markige Worte gegen die bundesrätliche Drogenpolitik vorgebracht werden ausser in St. Gallen, wo der Wind stark aus der repressiven Ecke weht - fehlen bei allen Berichten die restriktiven Massnahmen nicht. Die Erinnerung an Zürich, wo neun eher fortschrittliche Postulate lediglich einem klar repressiven gegenüberstanden haben, lassen nichts Gutes erahnen: Dort wurde vor allem die Realisierung des zehnten Punktes massiv vorangetrieben. Je nach dem, wie der Wind - vor allem vor Wahlen und Abstimmungen - weht, so wird auch politisiert. (Div. Tageszeitungen, div. Drogenberichte, WoZ, 24. Mai 91)

REFLEXE

Legale Volks-Drogen sind nicht ungefährlich: Das Bundesamt für Gesundheitswesen startete dieses Frühjahr gleich zwei Informationskampagnen, die auf die Gefahren des Konsums von Alkohol und Tabak hinweisen sollen.

Mit einem jugendlich aufgemachten Magazin sollen vor allem Junge motiviert werden, auf den blauen Dunst zu verzichten: JedeR vierte, der seit der Jugend rauche, sterbe vorzeitig an den Folgen des Rauchkonsums. Doch nicht nur die Nebenwirkungen des Tabaks zeigen Spätfolgen, sondern auch der Konsum von Alkohol: Wer nicht an drei Tagen in der Woche ganz auf den Alkohol verzichte, an den übrigen Tagen mehr als vier Eindeziliter-Gläser Rot- oder Weisswein trinke - Frauen gar nur drei - gehe ein hohes, gesundheitliches Risiko ein. Bekannt wurde kürzlich durch den Kassensturz zudem, dass in den gebrannten Wassern oft zu hohe Konzentrationen an krebserzeugendem Urethan festgestellt worden ist.

(Div. Presseunterlagen 7. und 24. Juni 91, Kassensturz 20. August 91)

REFLEXE

Der Landesring der Unabhängigen hat sich in einer Stellungnahme anfangs Juli klar für die **ärztlich kontrollierte Heroinabgabe** für Rückfällige ausgesprochen. (AP, 11. Juli 91)

REFLEXE

Die vierteljährliche Publikation des Schweizerischen Wissenschaftsrates hat in seiner Zeitschrift „Futura Fer“ (2/91) auf ein verändertes Suchtverhalten der Schweizer Bevölkerung hingewiesen: **Danach soll der Konsum von Haschisch - vor allem auch bei der jüngeren Bevölkerung - stagnieren**, während der Griff zur Beruhigungs- oder Aufputschpille in der ganzen Bevölkerung sich einer grösseren Beliebtheit zu erfreuen scheint. (Bund, 15. Juli 91)

REFLEXE

Das Sozialamt der Stadt Zürich verkauft seine Drogenpolitik nun auch in Zeitungsform: „Sugarless“ heisst die neue Zeitung der Kontakt- und Anlaufstellen. Damit spielt der Titel auf die doppelte Bedeutung von zuckerfrei und heroinfrei (Sugar = Heroin) an. (Zu beziehen beim Sozialamt der Stadt Zürich: Die Adresse fehlt im Impressum, was gewöhnlich nur bei Underground Blättern vorkommt!) Vgl. dazu S.25

REFLEXE

Die Aids-Hilfe Schweiz AHS hat anlässlich einer Pressekonferenz in Zürich einen dringenden Appell an die Krankenkassen und Sozialversicherungen gerichtet, **Menschen mit HIV und Aids nicht zu diskriminieren**. Die Aids-Hilfe mahnte die Verantwortlichen, dass HIV-positive Menschen gesunde Menschen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren seien, die arbeiten wollen und können. Die restriktive Praxis der Versicherungen, HIV-Testergebnisse bei Stellenwechseln für den Abschluss von höheren Versicherungsleistungen oder beim Einkauf in Pensionskassen zu verlangen, dränge diese Menschen an den Rand. Die Folge davon sei, dass sie ihren Gesundheitszustand verheimlichen müssten - und je nach dem zu Lügen gezwungen wurden. Diese restriktive Haltung einzelner Sozialversicherungen gefährde so auch den Solidaritätsgedanken der Stop-Aids-Kampagne. Schwer zu schaffen macht den Verantwortlichen der AHS auch der Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes, wonach eine HIV-Infektion versicherungsrechtlich einer Krankheit gleichzustellen sei. Die Aids-Hilfe sammelt Unterlagen über effektive Diskriminierungsfälle aufgrund von HIV-Infektionen und stellt auch die bereits bestehende Dokumentation zu diesem Thema zur Verfügung (Aids-Hilfe Schweiz, Postfach 9869, 8036 Zürich) (NZZ, 24. Mai 91)

REFLEXE

Weder die Auslieferung an die USA, noch das Grab in der heimatlichen Erde Kolumbien scheint die vorläufige Endstation im Leben des wohl mächtigsten Kokain-Bosses Lateinamerikas zu werden: **Pablo Escobar, Chef des berühmten-berühmten Medellín-Kartells hat sich** mit engen Gefolgsleuten auf ein Angebot der kolumbianischen Regierung hin **ergeben** und ist in die von ihm zu einem Gefängnis umfunktionierte „Drogenzugstation für Abhängige“ am Rande Medellín eingezogen. Lange Zeit hielt die Welt den Atem an, ob Escobar tatsächlich vom Amnestieangebot Gebrauch machen würde, das ihm der neue Präsident Gaviria angeboten hatte. (div. Ta-

ges-Zeitungen, 21. Juni 91; das DrogenMagazin wird darauf ausführlicher zurückkommen)

REFLEXE

Peru hat mit den USA einen Antidrogen-Pakt abgeschlossen. Präsident Fujimori überraschte das Parlament mit dieser Ankündigung, kurz nachdem der Vertrag unterzeichnet worden war! Oppositionspolitiker kritisierten das Vertragswerk, das die Kompetenzen der beiden Staaten und insbesondere die Rolle der US-Armee zu wenig regle. Peru ist mit der Produktion von rund 300'000 Tonnen Kokablättern im vergangenen Jahr grösster Produzent des Kokain-Ausgangsproduktes Coca gewesen. Bauernverbände haben denn auch sofort zu Protestkundgebungen aufgerufen. Auch in Bolivien hat sich nach der Ankunft der schon früher vereinbarten amerikanischen Truppen zur Drogenbekämpfung die Spannung zwischen der Regierung und den Kokapflanzern verschärft. Nach dem freiwilligen Haftantritt des Koka-Bosses Escobar scheint sich der gesamte Handel und Markt auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu destabilisieren. Argentinien ist zu einem neuen, zentralen Transitland für den Drogenschmuggel geworden. (TA, NZZ, 21. und 25. Juli 91)

REFLEXE

Die möglicherweise bedeutendste Hausbank von Diktatoren, Terroristen, Drogenhändlern und Waffenschleppern könnte schon bald bankrott gehen: Die Filialen der pakistanische Bank of Credit und Commerce International - besser bekannt unter dem Kürzel BCCI - wurde in einer von der Bank of England konzertierten Aktion am 5. Juli 1991 in 60 bis 70 Ländern vorerst geschlossen. Die BCCI war die siebtgrösste Privatbank der Welt und scheint über ihr weltweit verteiltes Netz mit rund 400 Bankstellen zu den bedeutendsten Geldwaschanlagen für illegale, dubiose und schwarze Transaktionen gehört zu haben. Die Bank wurde bereits seit ihrer Gründung 1972 von Insidern mit Unbehagen beobachtet und des Drogen- und Waffenhandels verdächtigt. Die Protektion von höchsten Regierungs-Stellen scheint die Bank deshalb genos-

sen zu haben, da sie nicht nur Diktatoren, sondern auch verschiedenen Geheimdiensten, insbesondere der amerikanischen CIA, als Hausbank gedient haben soll. So scheinen auch Teile der Geld-Geschäfte, die zwischen den USA, dem Iran und den ehemaligen Contras in Nicaragua notwendig waren – ein Spiel mit Drogen, Waffen und sehr viel illegales Geld – über die BCCI abgewickelt worden zu sein. Nur der einheimischen Konkurrenzorganisation zur CIA, die Drogenbekämpfungsbehörde Drug Enforcement Agency DEA, scheint tatsächlich ein Interesse daran gehabt zu haben diesen Schwindel nun aufliegen zu lassen. Selbst der palästinensische Top-Terrorist gehörte zu den Stammkunden der BCCI und besuchte persönlich des öftern für Transaktionen auch offiziell Filialen in England: Um das Wohl des Top-Mörders und Unruhestifter innerhalb der palästinensischen Sache besorgt war jeweils der britische Geheimdienst MI 6 ihrer Majestät: Wenn das James Bond gewusst hätte! (div. Tages-Zeitungen, WoZ, 2. Aug. 91)

REFLEXE

Neue Drogenpolitik gefordert. Der Bundesrat soll dem Parlament möglichst rasch eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes vorlegen. Die Kommission des Ständerates für Gesundheit und Umwelt empfiehlt ihrem Rat die Annahme einer entsprechenden Nationalratsmotion. Mit ihrer Debatte soll die kleine Kammer der Landesregierung Hinweise für eine künftige gesamtschweizerische Drogenpolitik geben. Im Februar dieses Jahres hatte der Bundesrat ein drogenpolitisches Massnahmenpaket beschlossen. Dabei lehnte er eine Straffreiheit des Drogenkonsums und des Drogenkleinhandels ab. Gleichzeitig sprach sich die Landesregierung für ein verstärktes Engagement der Bundes in der Drogenpolitik aus, dies namentlich in den Bereichen Prävention und Ursachenbekämpfung. Eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes, befand der Bundesrat, dränge sich nicht auf: Für Aufklärung Beratung und Betreuung blieben die Kantone zuständig, während der Bund lediglich unterstützend und koordinierend wirke. Die Kommission stimmte einer

vom Nationalrat im Herbst 1990 überwiesenen Motion zu, die – gegen die Absicht des Bundesrates – eine raschestmögliche Gesetzesrevision und allenfalls weitere gesetzliche Massnahmen zur Drogenbekämpfung verlangt. Ihrer Ansicht nach darf es aber nicht bei diesem unbestimmten Auftrag bleiben: Die Debatte im Plenum soll dem Bundesrat vielmehr zeigen in welche Richtung das Parlament die Drogenpolitik lenken möchte. Unbestritten blieb, dass eine einheitliche gesamtschweizerische Drogenpolitik nötig sei. LNN 21. August 91.

REFLEXE

Hoher Polizeioffizier: Repressive Drogenpolitik ist gescheitert. Die seit 20 Jahren in der Schweiz praktizierte repressive Drogenpolitik ist nach Meinung des Kantonspolizei-Stabschefs Eugen Thomann gescheitert. In der Sendung «Kontext» von Radio DRS 2 am Dienstagvormittag sagte der ranghohe Polizeioffizier: «Wir stehen vor einem klaren Bild des Misserfolges. Die Repression erreicht zwar, dass die Droge viel kostet, sie hat aber nicht vermocht, die Erreichbarkeit der Drogen zu verhindern.»

Im weiteren plädierte der stellvertretende Kantonspolizei-Kommandant und ehemalige Untersuchungsrichter für eine Entkriminalisierung der Konsumenten. Das Verbot des Drogenkonsums dränge die Süchtigen zwangsläufig zur Beschaffungskriminalität oder Prostitution, was zu einer untragbaren Belastung für die Gesellschaft und einer massiven gesundheitlichen Gefährdung geführt habe.

Thomann forderte ein grundlegendes Umdenken und eine «Änderung in der Gesetzgebung», schränkte allerdings ein: «Wir müssen eine internationale Vereinbarung anstreben, denn im Alleingang können wir nichts erreichen.» Er wäre «ausserordentlich glücklich», wenn sich die internationale Einigung in zehn Jahren erzielen liesse. TA 21. August 91

REFLEXE

«Analyse der Suchthilfe in der Nordwestschweiz» vorgestellt. Wie Andreas Manz stellt auch der Betriebswirtschaftler Füeg eine Zersplitterung des Suchthilfesystems fest: «In seiner heutigen

Ausgestaltung wohnen dem Suchthilfesystem Wachstumskräfte inne, welche zu einer Ausdehnung unabhängig vom effektiven Bedarf führen. Das Gesamtsystem ist weder bewusst gesteuert noch kontrolliert und entsprechend weit davon entfernt, die eingesetzten Mittel nach Effizienzkriterien optimal zu verwenden.»

Um von dieser unerfreulichen Situation wegzukommen, schlägt er vor, mittelfristig ein integriertes System aufzubauen, in dem bestehende Institutionen fusionieren beziehungsweise die eine Einrichtung die andere übernimmt. Dabei sollen die Bereiche legale (Alkohol und Medikamente) und illegale Drogen zwei getrennte Subsysteme bilden. Die Gestaltung eines integrierten Systems würde konkret bedeuten, dass die vielen kleinen therapeutischen Gemeinschaften einen einzigen Verband bilden. Eine andere Gruppe wäre mit den Beratungs- und Vermittlungsinstitutionen gegeben, für welche die Gassenarbeiter sozusagen im Aussendienst tätig sind. Während dem «Fixerstübli» in diesem System ein Platz zukommt, regt der Betriebswissenschaftler an, das Krankenzimmer für Obdachlose und das Haus Gilgamesch zu schliessen, weil sie zu «kostenintensiv» sind. An der Pressekonferenz kritisierte der baselstädtische Sanitätsdirektor Remo Gysin die Schlussfolgerung der organisationsanalytischen Analyse als einseitig. Insbesondere bezeichnete er die Fusionslösung als «extreme Variante», die den verschiedenen Institutionen nicht aufgezwungen werde könne. Es gelte, der bestehenden Vielfalt der Einrichtungen Sorge zu tragen.

BaZ 21. Juni 91

REFLEXE

Basel. Ein Schiff für Drogensüchtige. Die liberalen Grossräte Hans-Rudolf Bachmann und Christoph Eymann machen einen neuen Vorschlag, wie das Drogenproblem im Kleinbasel entschärft werden könnte: Sie möchten die Drogenszene auf ein Rheinschiff verlegen. «Die Drogenabhängigen können in einem Schiff auf dem Rhein untergebracht und betreut werden. Die Anlegestelle des Schiffes kann so gewählt werden, dass die Wohnbevölkerung nicht gestört wird»,

schreiben die beiden Grossräte. Doppelstab 12. Juni 91.

REFLEXE

Bern setzt auf Prävention – Die Behörden von Stadt und Kanton Bern wollen das Drogenproblem in den nächsten Jahren primär mit präventiven Massnahmen zu lösen versuchen. Gleichzeitig soll aber am bereits bekannten Projekt für eine kontrollierte Heroinabgabe an schwer Abhängige festgehalten werden, wie aus zwei neuen Drogenberichten hervorgeht. Wie der städtische Fürsorge- und Gesundheitsdirektor Klaus Baumgartner vor der Presse erklärte, darf die Stadt Bern nicht zu einem überregionalen Drogen-treffpunkt mit einer «attraktiven Sogwirkung» werden. Zurzeit stammten rund 50 bis 60 Prozent der Drogenabhängigen in der offenen Berner Szene im Kocherpark «von ausserhalb der Stadt und Region Bern». TA 21. Mai 91

REFLEXE

Luzern. Der Regierungsrat bekräftigt seine Haltung gegenüber dem Aufenthalts- und Betreuungsraum für Drogenabhängige (ABfD). In der Antwort auf eine Interpellation des Grossrats Anton F. Steffen (CVP) schreibt er, die Einrichtung von Betreuungs-räumen für Drogenkranke sei von öffentlichem Interesse. LNN 13. August 91

Gegen die Einrichtung eines Aufenthaltsraums für Drogenkranke sollen nun auch Volksrechte eingesetzt werden. Ein Komitee will das Vorhaben auch mit Referendum oder Initiative bekämpfen. LNN 14. August 91

REFLEXE

Die zunehmenden Drogenprobleme in den Frauenanstalten Hindelbank sind nach Ansicht von Anstaltsdirektor Peter Eggen unter den bestehenden Voraussetzungen «nicht lösbar».

Im soeben veröffentlichten Jahresbericht der Anstalten Hindelbank werden Probleme und Schwachpunkte des gegenwärtigen Frauen-Strafvollzugs dargelegt und analysiert. Für Anstaltsdirektor Peter Eggen steht dabei die Zunahme der qualitativen und quantitativen Suchtprobleme und des Ausländerinnenbestandes im Vordergrund. Bund 16. Juni 91